

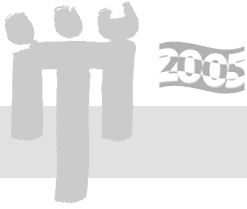
Aufbruch in eine neue Zeit

Vorarlberger Almanach zum Jubiläumsjahr 2005

herausgegeben von
Ulrich Nachbaur und Alois Niederstätter

im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung

Bregenz 2006



Im Kern eine Werte- und Kulturgemeinschaft

Martin Purtscher

Das Thema des heutigen Abends, „Österreich auf dem Weg nach Europa“, drängt einen Vergleich zweier für Österreich sehr bedeutsamer historischer Ereignisse auf: Zunächst 12. November 1918, Gründung der Ersten Republik, verbunden mit der Eliminierung jeglichen europäischen Einflusses dieses Landes, das Clemenceau genannt hat „ce qui reste“ – das was übrig bleibt. Die Gründung nach dem Zerfall der K.u.k-Monarchie, damit auch dem Ende der Habsburg-Dynastie, die 640 Jahre Bestand hatte und vielfach als Vorgängerin der Europäischen Union betrachtet wurde und auch noch wird. Es folgen dann 77 Jahre internationaler Bedeutungslosigkeit, sieben Jahre davon war sogar der Name „Österreich“ verschwunden, weil man unser Land zur „Ostmark“ degradiert hatte.

Erst am 1. Jänner 1995 gelang es wieder, in die europäische Politik einzutreten durch den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, natürlich unter ganz anderen Prämissen: Wir waren inzwischen als Kleinstaat zwar unverändert gleich groß, aber wir hatten in der Europäischen Union ein überproportionales Mitspracherecht bekommen. Das war der wesentliche Unterschied – ein Mitspracherecht im Rat, im Parlament, und vor allem auch durch die Möglichkeit der Mitwirkung in der Kommission, sodass eine bedeutende Einflussnahme weit über die Bescheidenheit unseres Landes hinaus geltend gemacht werden kann. Unser leider ausgeschiedener EU-Kommissar Franz Fischler ist ein Beispiel dafür, wie stark, auch wenn er primär europäischen Anliegen verpflichtet war, auch für Österreich gerade sein Mitwirken in der Europäischen Union segensreich war. Denn gerade seine großartige Reform der Agrarpolitik hat dazu beigetragen, dass deren Finanzierung überhaupt in der Zukunft noch möglich ist. Ebenso wie die Osterweiterung undenkbar gewesen wäre ohne diese Agrarreform. Und ich glaube, es gilt ihm bei dieser Gelegenheit einmal dafür zu danken. Er hat Österreich viel Ehre gebracht, und hat international höchstes Ansehen. Er bekommt für seine großen Verdienste im Übrigen – ich darf das erwähnen – nächste Woche sein siebtes Ehrendoktorat in Warschau. Herzliche Gratulation!

Eine Analyse der politischen Abläufe des Weges in die EU zeigt, dass Österreich eine Vordenkerposition hatte. Denn die anderen neutralen europäischen Länder haben erst einen Beitrittsantrag eingebracht, als das kommunistische System bereits zerbrochen war. Und am Beginn des Weges in die Europäische Union steht der Mut, den Begriff der Neutralität neu zu definieren, von der nach dem strengen Völkerrecht interpretierbaren Unparteilichkeit schlussendlich zum Kern der Neutralität, auf das ich dann noch zu sprechen komme. Und dieser Mut zur Neudefinition der Neutralität hat einen Namen: Alois Mock, der Banner-Träger des Weges Österreichs in die Europäische Gemeinschaft.

Die erste Integrationsmöglichkeit verdanken wir eigentlich der Großzügigkeit der USA, nämlich der Hilfe zum Wiederaufbau Europas mit dem Marshallplan, der eine eigene Organisation in Brüssel – bekannt als OEEC – notwendig gemacht hat. Und Österreich war von allem Anfang an mit dabei, was, glaube ich, besonders wichtig war für die Vertiefung der Westorientierung unseres Landes. Aus dieser OEEC haben sich dann sechs Länder herausgebildet, die die Montan-Union gegründet haben, jene Gemeinschaft von Kohle und Stahl, die dann auf Grund der Römer-Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde. Die sechs Länder waren bekanntlich die „europäischen Todfeinde“ seit Jahrhunderten – Frankreich, Deutschland, aber auch Italien und die drei Benelux-Länder.

De Gaulle war gegen eine große Freihandelszone, sodass sich eine ökonomische Zweiteilung Europas ergab – einerseits die EFTA, andererseits die EWG. Die Franzosen nannten die EFTA den „Klub der Unzufriedenen“; und die EFTA selbst hat sich mehrfach als „Klub der Diskriminierten“ bezeichnet. Wir Österreicher haben während dieser Jahre, vom Beitritt zur EFTA 1960 bis 1985, nie den Versuch unternommen, dass man aus dieser EFTA – ich möchte einmal sagen – Barriere herauskommt und in die EWG übertritt. Motiv dafür war die Barriere Neutralität. Kreisky hat ja schon als Außenminister gesagt, dass ein Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft im Widerspruch stünde sowohl zum Völkerrecht

als auch zum Staatsvertrag, ja dass es einem Anschluss an Deutschland gleichkäme. Die Neutralität war auf Grund der vermeintlichen Garantie der Sicherheit unsers Landes ein Dogma. Erst Mock hatte dann den Mut, dieses Dogma in Frage zu stellen, und zwar vor allem auf Grund der Tatsache, dass, je länger die EFTA gedauert hat, umso stärker wurden die wirtschaftlichen Nachteile erkennbar.

Ich möchte ganz bewusst das Vorarlberger Beispiel bringen: Damals in den 80er Jahren, aber schon Ende der 70er Jahre beginnend – die EWG entstand ja schon 1957 –, haben sich dann die Fesseln bemerkbar gemacht, insbesondere durch die Benachteiligung im passiven Veredelungsverkehr. Vor allem die Vorarlberger Textilindustrie, die plötzlich mit einem 18prozentigen Zoll auf die Stoffe oder andere Lieferungen im textilen Bereich konfrontiert war, verlor dadurch traditionsreiche Betriebe. Wie ein Föhnsturm ging ein Betrieb nach dem anderen verloren, eine Auswirkung der Diskriminierung von EFTA-Lieferungen.

Mock versuchte 1985 erstmals durch einen Entschließungsantrag im Parlament den Sprung in den Binnenmarkt zu wagen. Der Binnenmarkt hatte bekanntlich erst die Garantie für die vier Freiheiten – Personen- und Kapitalverkehr, Waren- und Dienstleistungsfreiheit. Diese vier Freiheiten waren nur durch den Binnenmarkt gesichert. Der Entschließungsantrag wurde jedoch von der Mehrheit, der damals regierenden SPÖ mit der kleinen FPÖ, unter Steger, abgelehnt. Bekanntlich kam es dann im Jahre 1986 zu den Nationalrats-Neuwahlen, einer Großen Koalition mit Kanzler Vranitzky, Vizekanzler Mock. Und Mock hat als Außenminister das Verhältnis zur Europäischen Gemeinschaft mit dem Begriff „global approach“ definiert. Das heißt, wir wollen vor allem den Binnenmarkt sichern, wollen uns annähern, aber können vorerst den Beitritt nicht realisieren.

Kurz nach meiner Wahl 1987 war die erste Landeshauptleutekonferenz, in Villach damals, und ich protestierte mit der Unbekümmertheit eines Neulings gegen die Tagesordnung, die dieses für mich wichtigste Thema,

nämlich „global approach“, überhaupt nicht enthielt. Ich wusste mich einig mit meinem Freund, dem leider allzu früh verstorbenen Wilfried Haslauer aus Salzburg. Und wir haben dann in Nachtgesprächen, vor allem mit den sozialdemokratischen Kollegen von Wien, Burgenland und Kärnten, erreicht, dass wir am anderen Tag eine einstimmige Beschlussfassung erzielten mit der Aufforderung, die Bundesregierung möge die Teilnahme am Binnenmarkt mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft – das war das erste Mal, dass das gefordert wurde –, mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft so rasch wie möglich anstreben. Wir haben dafür zunächst nicht überall Applaus bekommen.

In der Jahreswende 1987/88 hatte Mock zur traditionellen ÖVP-Tagung nach Maria Plain eingeladen, Landeshauptleute und Mitglieder der Bundesregierung. Der damalige Wirtschaftsminister, Bobby Graf, hat in seiner eloquenten blumenreichen Sprache „global approach“ eine halbe Stunde lang erläutert. Und ich hab‘ dann aus meinem Unmut kein Hehl gemacht, dass man an diesem pythischen Begriff immer noch festhält, obwohl doch inzwischen der EU-Kommissar Delors erklärt hat, „man kann nicht gleichzeitig drinnen und draußen sein“. Ich hab‘, unter Hinweis darauf, dass damit wohl eindeutig ein für alle Mal ein „politisches Petting mit der EU“ nicht möglich ist, gesagt, „man möge doch eine offene Sprache sprechen“. Mock amüsierte sich köstlich über unseren Diskurs und schlug dann vor, dass ich den Vorsitz in der Europa-Kommission der ÖVP übernehmen soll, die noch im Jänner 1988 gegründet wurde. Die Kommission, acht Arbeitsgruppen mit über 100 Experten, und zwar sehr namhafte Experten, die dann Ende April das Ergebnis vorlegte. Ziel war, abzuwägen, was ist besser, der Beitritt oder nicht, das Für oder das Wider. Das Ergebnis dieser Kommission wurde auf Grund vieler Sitzungen in einem Buch festgehalten. Am 23. April 1988 ist das Ergebnis, nämlich ein eindeutiges Bekenntnis der ÖVP zum Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, als „Europa-Manifest der ÖVP“ beschlossen worden in der Hofburg in einer großen Europa-Konferenz.



Kurze Zeit danach hatte ich die Möglichkeit, in einer sonn-täglichen Pressestunde des ORF diese Haltung der ÖVP zu verteidigen, worauf ich gleich am anderen Tag eine Vorladung bekam zur Botschaft der Sowjetunion, damals noch Botschafter Schikin, der mir die heftigsten Vorwürfe machte, ich wäre „staatsvertragswidrig“, „völkerrechtswidrig“, und erinnerte mich an das Wort von Kreisky, dass ein Beitritt den Anschluss an Deutschland bedeuten würde. Natürlich haben die Gegenargumente nichts genützt. Übrigens, wenn ich das einflechten darf, das ist etwas, was auch bei der Wahlwerbung für die Volksabstimmung „pro EU“ immer wieder kam, „Anschluss an Deutschland“. Und ich hatte auch damals immer gesagt, „das Gegenteil wird eintreten“ – und es ist das Gegenteil eingetreten. Dadurch, dass Österreich nur ungefähr ein Fünftel seiner ganzen Exporte nach Osten richtet, ist natürlich der Anteil der Exporte nach Deutschland deutlich zurückgegangen, ganz abgesehen davon, dass die Bindung des Schillings an die D-Mark verschwunden ist durch die Einführung des Euro.

Ich erhielt aber auch im Landtag – es sind einige der Kollegen noch da – nicht nur Lob für mein Vorpreschen in dieser Europapolitik, denn damals war ja noch die Mehrheit der Österreicher gegen den Beitritt Österreichs zur EU, nachzulesen in den Landtagsprotokollen. Was mich mehr als entschädigt hat für diese Kritik im Landesparlament war ein Besuch des damaligen Bundeskanzlers Vranitzky, der anlässlich einer SPÖ-Tagung in Bregenz mich, was mich überraschte, im Landhaus besuchte und sich eingehend über die Kommissionsergebnisse informierte. Und mich hat damals seine Offenheit sehr beeindruckt. Er sagte damals, seine Partei sei zwischen Ablehnung und Zögern, er wisse, dass es keine Alternative gibt zum Beitritt, aber bis er den Gewerkschaftsbund und seine Partei zu diesem Ja überzeugen kann, brauche es noch sehr viel Zeit und Mühe. Und es ist tatsächlich dann ihm in einem Jahr gelungen, zunächst die Sozialpartner und dann seine Partei auch ins Lager der EU-Befürworter zu bringen. Und ich glaube, das ist sein großes Verdienst, das man absolut anerkennen muss, aus der ablehnenden und dann zögernden Haltung eine Partei auf dieses Ja zu schmieden gegenüber Brüssel.

Bekanntlich waren der Gewerkschaftsbund und die Landwirtschaftskammern zunächst dagegen –, am 1. März 1989 konnten sie sich einigen. Dann beschloss noch im April der Bundesparteivorstand der SPÖ ein Beitrittsansuchen. Und Mock hat, damit die Abstimmung im Parlament hundertprozentig sicher ist, auch die neue Definition des Neutralitätsbegriffes gebracht, nämlich die „Rückführung auf den Kern der Neutralität – keine fremden Truppen, keine fremden Bastionen und schließlich keine Militärallianzen“. Und es kam dann zu einem überraschend positiven Ergebnis: 175 Ja, 7 Nein im Nationalrat, einstimmig im Bundesrat. Am 17. Juli 1989 hat dann Mock den Brief in Brüssel übergeben, stieß auf eine zwar sachliche Akzeptanz, aber mit starker Reserviertheit, und vor allem dem Hinweis von Delors: „So wie alle anderen hat auch Österreich zu warten, und vor 1993 ist an die Aufnahme von konkreten Verhandlungen nicht zu denken.“

Ich hatte von der Landeshauptleutekonferenz den Auftrag, die Länderinteressen wahrzunehmen und war beim Auftakt am 1. Februar 1993 dabei und ich habe noch in Erinnerung, wie nervös wir waren, ob die Formulierung, die wir haben für die Akzeptanz der GASP, also der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“, genügen würde. – Es hat, Gott sei Dank.

Dann kam ein Jahr der Verhandlungen auf Botschafterebene. Für mich waren dann die Finalverhandlungen Ende Februar 1994 das tief schürfendste und auch strapaziöseste Erlebnis meiner ganzen Berufslaufbahn. Die Probleme des Binnenmarktes wurden bereits bei den Verhandlungen über den EWR abgehandelt – da gab es überhaupt keine Probleme mehr –, sodass in den zwei Verhandlungstagen, die wir als ausreichend ansehen, nur noch die Themen waren: Agrarpolitik, das Transitproblem, der Erwerb von Ferienwohnsitzen durch andere EU-Bürger und die Bewahrung der höheren Umweltstandards Österreichs. Das Letztere war auch in Kürze erledigt. Die anderen Themen hingegen waren sehr mühsam, nicht zuletzt deshalb, weil das Vorsitz führende Land, Griechenland, gar nicht so viele Experten hatte für die Einzelgespräche und wir konfrontiert wurden – man kann wohl sagen „konfrontiert“, im wahrsten Sinn – mit einem typischen Vertreter der Grande

Nation, dem französischen Europaminister Alain Lamassoure, der mit seiner spezifischen Fragetechnik und seinen zynischen Bemerkungen uns sehr viel abgefordert hat. Zum Beispiel: „40.000 Ferienwohnungen – dafür wollen Sie eine Sonderregelung? Wir müssen an unseren Küsten eine Million Deutsche haben.“ Oder Transitabkommen: „Zwei Millionen Lkw“ – (damals waren es so viele) – „über den Brenner. Ich kann nur lachen. Sie wissen nicht, was Verkehr ist. Kommen Sie ins Rhone-Tal, damit Sie endlich den Begriff Verkehr kennen lernen.“ – Und so ähnlich waren die Töne des Verhandlungspartners.

Dann gab es auch an den drei Tagen – zum Schluss waren's dann drei Tage und zwei Nächte –, immer wieder das gleiche Ritual, die Kommission übergibt den auf Botschaferebene korrigierten Entwurf, im Gespräch versucht man es zu verbessern, dann zurück in die internen Gespräche mit den Sozialpartnern und Interessensvertretern, die anwesend waren. Dann wieder Gegenvorschlag, Kommission prüft wieder, Sitzungsunterbrechung, neue Vorschläge. Es war ein Circulus vitiosus und manchmal hatte man schon die Überzeugung, jetzt ist die Sache gelaufen, zum Beispiel bei der Ausnahmeklausel, die die Kommission verlangt hat für den punktefreien Transitverkehr Hörbranz. Wir waren froh, das war ziemlich schnell dann eliminiert. Und am anderen Tag war im Gesamttext wieder diese Ausnahmeklausel drin. Ich konnte zum Glück erfahren, dass das die baden-württembergische Frächter-Lobby ist. Ich habe den Ministerpräsident Teufel angerufen, der den deutschen Verkehrsminister vergattert hat, und kurze Zeit später war die Klausel wieder weg.

So war das ein permanentes Tauziehen, wir wurden schon nervös. Fallfrist war 28. Februar, 24.00 Uhr. Und Franz, du kannst Dich erinnern, wie wir damals nervös waren, „werden jetzt die Verhandlungen wirklich beendet?“ Zum Glück hat man vereinbart, man hält die Uhr an, vorerst einmal um einen Tag, um die Verhandlungen zu Ende zu führen. Es gab dann noch die Interventionen, vor allem von Mock bei Kohl, seinem Freund Kohl, und auch seinem guten Verhandlungspartner Mitterrand, und schlussendlich, am 1. März 94 nach 22.00 Uhr, wurde dann abgestimmt und es ist eine Einigung erzielt worden.

Der griechische Vorsitzende Pangalos lud uns in das nüchterne Gebäude, damals noch Charlemagne, in den 15. Stock, und hat einen Willkommengruß entboten, zunächst auf Neugriechisch – das konnte man noch übersetzen –, dann verfiel er, wegen der Bedeutung des Augenblicks, auf Altgriechisch – das konnte niemand, es war kein Dolmetscher da –, und dann hat Mock geantwortet. Es war eine Rede, die ich nie, nie vergessen werde. Er schob sein Manuskript auf die Seite und hat zunächst wohl gedankt für die Geduld, aber dann ein so hohes Lied auf Österreich gesungen, nämlich auf das, „*was Österreich einbringt in die EU auf Grund der Geschichte, vor allem der Kulturgeschichte*“, dass wir alle Tränen in den Augen hatten, jedenfalls von der österreichischen Delegation – wir schämten uns der Tränen nicht. Und als er geendet hatte, gab es Standing Ovationen seitens aller, minutenlang, für den „Held von Brüssel“, wie man ihn zurecht bezeichnet hat. Und uns wurde mitgeteilt, eine ähnliche Szene habe es überhaupt noch nie gegeben. Unvergesslich bleibt auch für mich die patriotische Haltung aller Teilnehmer. Da gab's keine Partei- oder Interessensvertreter mehr, da waren alle Österreicher. Das war ein ungeheuer starkes Gefühl. Und ich glaube, nur deshalb wurde schlussendlich auch der Durchbruch erzielt.

Nun gut, hundert Tage später kam es zur Volksabstimmung. Die Österreicher haben, obwohl zwei Parteien – Freiheitliche und Grüne – dagegen waren – der Ehrlichkeit halber muss ich hinzufügen, die Freiheitlichen in Vorarlberg nicht – überraschend positiv abgestimmt: 66 Prozent, genau zwei Drittel der Österreicher, haben für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft gestimmt.

Aber wenn wir das Euro-Barometer beobachten, wie man die Stimmung zur EU jetzt betrachtet, dann muss man mit Bedauern feststellen, dass sie inzwischen zum Teil ganz deutlich unter die 50 Prozent Marke abgesunken ist. Und weil ich heute bei der Fragestunde an Franz Fischler, vom Studio Vorarlberg bereitet, etwas beeinflusst bin, sehe ich mich doch auch veranlasst, einige Worte auch dazu zu sa-

gen, zum jetzigen Stand des Euro-Barometers, das nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa viel schwächer ist als vor Jahren.

Nach meiner Überzeugung haben die Europäer vergessen, was das Gründungsmotiv der Europäischen Gemeinschaft war. Es war die Friedenssehnsucht, das Motto, „nie wieder Krieg zwischen uns, zwischen uns Erbfeinden“. Aber die Tatsache, dass eben drei von vier Europäern Krieg eigentlich nur aus der Schilderung der Eltern, aus der Literatur, oder aus dem Fernsehen kennen, lässt dieses primäre Ziel der EU leider, leider vergessen, nämlich das Ziel, eine Friedensgemeinschaft zu bieten. Und ich glaube, das kann man nicht oft genug in Erinnerung rufen. Und wir wissen, dass das Euro-Barometer Österreichs besonders schlecht ist. Wir liegen knapp vor jenem von Großbritannien.

Zum Teil für mich verständlich, denn die Österreicher haben die unvermeidbare und kontraproduktive Moralkeule der Sanktionen nicht vergessen. Auch ich war sehr gekränkt. Dennoch hoffe ich, dass die Zeit auch Wunden heilt. Und vor allem, gerade auch angeregt durch die Frage, die heute an dich, Franz, gestellt wurde, mit dem „Kies aus dem Lechtal“, muss ich sagen, dass so viel Probleme aus regionaler oder nationaler Sicht auch an Brüssel übertragen werden, so viel wird Brüssel als Sündenbock genannt, obwohl es nicht Brüssel treffen würde. Das ist auch ein Faktor, der leider das Euro-Barometer schlecht dastehen lässt.

Und zuletzt, und ich glaube, das müsste man wirklich korrigieren, die mangelnde Aufklärung und Information über die Beschlüsse. Oft finden in den Medien belanglose heimische Themen den Niederschlag seitenlang, und wichtige, europäisch wirkende Themen werden einfach vergessen oder unterschlagen, oder wie man das immer nennen will.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns wirklich die Frage stellen, wird dieses Europa immer nur beurteilt aus der persönlichen Betroffenheit des Einzelnen, sei die Ursache auf regionaler, nationaler oder europäischer Ebene, nur be-

urteilt nach den Auswirkungen auf die eigene Geldbörse? Wird es denn – das frage ich mich oft – je möglich sein, dass man die europäische Idee auch in den Herzen und in den Köpfen der Europäer Fuß fassen lassen kann?

Delors hat einmal das schöne Wort geprägt, „*wer verliebt sich schon in einen gemeinsamen Markt?*“ „*Wir müssen Europa eine Seele geben*“, hat er gefordert. Doch dies wird nur gelingen, wenn wir uns auf die gemeinsamen Werte besinnen. Besinnen auf das Bindende, das Verbindende, beginnend mit der Philosophie der Griechen, dem Rechtssystem der Römer und vor allem der Ethik des Christentums, mit den Prinzipien der Nächstenliebe und der Menschenwürde, aber auch den Werten, die im Rahmen der Aufklärung geschaffen worden sind. Es gilt, die geistige Kultur, welche diesen Kontinent geprägt und geformt hat, wieder neu zu beleben, um damit allen bewusst zu machen, dass im Kern die Europäische Gemeinschaft vor allem eine Werte- und eine Kulturgemeinschaft ist. Ich danke Ihnen für die Geduld.